Nr. 65a. 37. Jahrgang.

Parlaments-Ausgabe

Berlin, 6. Februar 1908

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

(25. Sitzung vom 5. Februar.)

(Schluß aus dem Abendblatt.)

Bergetat.

Abg. **Brust** (Ztr.):

Veranlassung zu meinem Antrage habe gegeben die Unzufriedenheit weiter Kreise der Bergarbeiter. Ein Teil berechtigt erscheinender Wünsche der Knappschaftsmitglieder sei nicht befriedigt, zugleich seien ihnen frühere Rechte genommen worden. Seine Partei wünsche ein Reichsberggesetz. Wenn man zunächst von einer Aenderung der Novellen absehe, so sollen doch die Erhebungen die Unterlage für eine spätere Revision bieten. Der Redner bespricht die Generalversammlung des Knappschaftsvereins. Es hoffe noch immer, daß es zu einer Verständigung komme. Jeder müsse da nachgeben. Wer über den Hund komme, komme auch über den Schwanz. Das Zentrum sei nach wie vor bereit, am Ausbau der Bergwerksgesetzgebung nach Kräften mitzuwirken. (Beifall im Zentrum.) Er bitte, seinem Antrage stattzugeben.

Minister **Delbrück**:

Ich bin bereit, dem Antrag stattzugeben, da ich das Material selbst brauche, um das Knappschaftsgesetz durchzuführen, um festzustellen, welche Knappschaftsvereine lebensfähig sind, und welche nicht. Ich hoffe, das Ergebnis in der nächsten Session vorlegen zu können. Ein Reichsgesetz konnte der Vertreter des Reichskanzlers im Reichstage nicht in Aussicht stellen. Diese Erklärung ist in Uebereinstimmung mit der Staatsregierung ergangen. Die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten liegen sehr verschieden. Wenn wir eine gute Grundlage für eine zweckmäßige Entwicklung der Knappschaftsverhältnisse haben werden, können wir an die Frage herangehen, ob eine Vereinheitlichung stattfinden kann, sei es in Preußen, sei es über die Grenzen hinaus, aber nicht für das ganze Reich. Im Reichstag konnte ich aus Erwägungen grundsätzlicher Natur mich nicht allgemein äußern. Ich will das hier nachholen.

Das Knappschaftsgesetz wurde von Ihnen vor zwei Jahren beinahe einstimmig verabschiedet, weil Sie es für eine zweckmäßige Grundlage für eine segensreiche Entwickelung des Knappschaftswesens hielten. Das alte Knappschaftsgesetz war ergangen zu einer Zeit, als es noch keine allgemeine Versicherung gegen Invalidität und Krankheit gab. Im Bergwerkswesen hatte eine jahrhundertelange Entwickelung die sogenannten Knappschaftskassen geschaffen, die eine Versorgung im Fall der Krankheit und der Berufsinvalidität und eine Versorgung der Hinterbliebenen gebracht haben. Das Maß dessen, was von den Knappschaften geleistet wurde, war natürlich verschieden, je nach der Größe der Kassen. Nun kamen die allgemeinen Versicherungsgesetze. Da ein großer Teil der Knappschaftskassen mehr leistete, als das Reich als Norm vorschrieb, war es korrekt, daß die Knappschaftskassen weiter bestehen sollten. Man konnte aber in der neuen Novelle den Aufsichtsbehörden nicht die Befugnis geben, gewisse Mindestsätze auch für die Knappschaften festzusetzen, man traf nur die Bestimmung, daß die Beiträge unter allen Umständen im Verhältnis stehen müssen zu den Leistungen. Auch die Befugnis, neue Leistungen zu fordern, konnte nicht erteilt werden. Wenn die Staatsregierung versucht haben würde, von Ihnen weitergehende Kompetenzen zu fordern, so wäre dem auf allen Seiten des Hauses lebhaft widersprochen worden. Sie hätten das als einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Kassen angesehen.

Bei der Neuregelung vor zwei Jahren sollte die Möglichkeit gegeben werden, daß ein Arbeiter, der aus einer Kasse ausscheidet und in eine andere übertritt, nicht die Rechte verliere, die er bei der ersten Kasse erworben hat. Das war wünschenswert nicht nur vom Standpunkte der Gerechtigkeit und Billigkeit, sondern auch von großer sozialpolitischer Bedeutung, da der Arbeiter unabhängiger gestellt wurde von seinem Arbeitgeber. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, daß für alle Knappschaften gleichmäßig gesteigerte Sätze eingeführt werden. Das ist nun mit eine der Differenzen im Ruhrrevier. Bei einzelnen Kassen müssen Sondereinrichtungen verschwinden, wie zum Beispiel die Kindergelder bei lebenden Invaliden. Wenn sie darauf verzichten müssen, so liegt das nicht daran, daß die gesetzgebenden Faktoren ein unzweckmäßiges Gesetz gemacht haben, sondern im Interesse der minder gut situierten Knappschaftsvereinen angehörenden Kameraden. Das wollen Sie nicht außer acht lassen. Also die Schwierigkeiten entspringen nicht den Vorschlägen einer unverständigen Regierung oder den Beschlüssen eines arbeiterfeindlichen Parlaments, sondern sind lediglich die Konsequenz von Zweckmäßigkeitsgründen. Die betreffenden Bestimmungen der Novelle sind auch von den Vertretern der Knappschaften niemals angegriffen worden. Streitigkeiten waren nur entstanden über das Wahlrecht und die Beteiligung der Invaliden an der Verwaltung.

Der Minister wendet sich dann den

Vorgängen im Ruhrrevier

zu. Anlaß zum Streit haben eigentlich nur die Kindergelder gegeben. Ferner handelte es sich um den Streit, in welcher Höhe eine Steigerung der Beiträge durchführbar sei. Am Ende handelte es sich nur noch um eine Differenz von zwei Pfennig. Ich bedauere, daß um dieser Bagatelle willen das Statut gescheitert ist. Das erschwert die Verständigung, zu der wir kommen werden, wenn beide Teile kalt Blut bewahren.

Ich kann nur sagen, daß die Arbeitgeber den Wünschen der Arbeiter stets entgegengekommen sind. Sie sind ihnen nicht als Untergebene, sondern als Gleichberechtigte gegenübergetreten. Ich bedauere, daß dieser freundliche Versuch nicht zu einer Einigung geführt hat. Ich weiß nicht, was die Bergwerksbesitzer in letzter Stunde veranlaßt hat, nicht einzulenken, ich weiß auch nicht, warum die Arbeiter das Statut wegen einer Kleinigkeit abgelehnt haben. Wenn man von einer Schuld sprechen kann, so wird man sagen können, wenn man den Arbeitgebern vorwirft, daß sie das Statut an zwei Pfennigen scheitern ließen, so kann man den Arbeitern denselben Vorwurf auch den Arbeitern machen. Auf beiden Seiten mag noch die Erbitterung früherer Kämpfe mitwirken. Der in der Generalversammlung von den Knappschaften gemachte Vorschlag war meiner Ansicht nach diskutabel und wäre auch von den Werksbesitzern diskutiert worden, wenn er zur rechten Zeit gekommen wäre. Im Augenblick erweckte er aber den Eindruck, daß eine Kraftprobe beabsichtigt sei. Das wäre eine psychologische Erklärung für die nach dem früheren Entgegenkommen schwer verständliche Ablehnung der Arbeitgeber. Inzwischen ist im Reichstage feierlich erklärt worden, daß eine Kraftprobe den Arbeitern ferngelegen hätte. Ich bin überzeugt, daß es um dieser Sache willen nicht zum Krieg kommen darf und bin bereit, wenn ich darum angegangen werde, auch weiterhin zu vermitteln (Beifall), und ich hoffe, daß die Debatte über den Antrag nicht schärfer wird, als sie begonnen hat, damit die Einigung nicht erschwert wird. (Beifall.)

Abg. **Hilbck** (natl.):

Auch wir wünschen den Frieden in Westfalen. An uns liegt es aber nicht, wenn es noch nicht dazu gekommen ist. Erfreulich war das Entgegenkommen der Staatsregierung, das den Werksbesitzern ermöglichte, auch ihrerseits alles zu konzedieren, was möglich war. Der Redner geht auf die einzelnen Phasen der Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern ein. Die Werksbesitzer hätten nicht lange geschaffert, sondern sofort alles bewilligt, was in ihren Kräften stand. Es stand alles auch ganz gut, bis auf einmal ganz unerwartet, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, von den Arbeitern ein neuer Antrag auf weitere Erhöhung der Invalidenrente kam. Ihm konnten die Arbeitgeber nicht zustimmen, und der Konflikt war da. (Der Redner legt die Akten über den ganzen Streit auf dem Tisch des Hauses nieder.) Untersuchungen sind im Gange, ob die Invaliden noch weiterer Unterstützungen bedürfen. Ist es notwendig, so kann eine neue Generalversammlung einberufen werden. Auch die Arbeiter kommen dies leicht tun. Jedenfalls werden die Werksbesitzer auch in Zukunft so versöhnlich sein, wie sie es bisher waren. Sie wollen mit ihren Arbeitern in Frieden leben, denn Friede ernährt, Unfriede verzehrt. (Beifall.)

Abg. **v. Brockhausen** (kons.):

Wir stimmen dem Antrage Brust zu, wünschen aber eine Zusammenstellung der Summen, die durch die Absetzung des Statuts den Arbeitern entzogen worden sind. Das wird vielleicht den Arbeiterführern die Augen öffnen über die Verantwortung, die sie durch die Ablehnung auf sich genommen haben. Die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen tragen die Arbeiter. Eine reichsgesetzliche Regelung des Bergwerkswesens ist nicht angängig. Die Bestrebungen der christlichen Bergarbeiter unterstützen wir gern, sie dürfen aber nicht mit sozialdemokratischen Forderungen kommen. Mögen die Arbeiter im Ruhrrevier bald selbst in ihrem Interesse die Hand zum Frieden bieten! (Beifall rechts.)

Abg. **Goldschmidt** (fr. Vp.):

Auch wir stimmen dem Antrage zu und bitten um möglichste Beschleunigung der Erhebungen. Es ist auch unser Wunsch, daß bald eine Verständigung zustande kommen möge. Schuld an der Aufregung im Ruhrrevier trägt zum Teil mit das Abgeordnetenhaus durch die Verschlechterungen der Knappschaftsbestimmungen. Auf diesem Gebiete verlangt Preußen Reservatrechte für sich, während doch die gesamte Arbeitergesetzgebung reichseinheitlich festgelegt ist. Die Regelung durch das Reich wünschen nicht nur die Sozialdemokraten, nein, auch die bürgerlichen Sozialpolitiker, sogar bis in die Reihen der Konservativen hinein! Es wäre allerdings von ungeheurem Wert für die deutsche Arbeiterschaft, wenn die nichtsozialdemokratischen Arbeiter noch stärker ihren nationalen Standpunkt betonten, aber man soll nicht von ihnen deshalb das Aufgeben ihrer berechtigten Forderungen verlangen. Auch wir wünschen und erhoffen den baldigen Frieden. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Wagner** (freis.)

erklärt das Einverständnis seiner Partei zu dem Antrage. Er werde sich hüten, in den häuslichen Streit zwischen Arbeitgebern und Arbeitern einzugreifen, hoffe aber, sie werden sich bald vertragen, eben weil sie sich vertragen müßten. (Beifall.)

Der Antrag Brust wird einstimmig angenommen.

Beim Titel „Salzwerke" bespricht

Abg. **Lusensky** (natl.)

den Wassereinbruch in die Saline Hohensalza. Es frage sich, ob es möglich sei, die Saline zu erhalten. Das wäre aber im Interesse der Stadt Hohensalza sehr zu wünschen.

Minister **Delbrück**

erwidert, daß die Regierung alles getan habe, um das Salzwerk zu retten. Ob das aber für die Dauer zu erreichen sei, sei jetzt noch nicht abzusehen.

Abg. **Prietze** (natl.)

bittet, an der Saar keine überflüssigen Ziegeleien durch den Fiskus erbauen zu lassen.

Minister **Delbrück**

sagt nochmalige Prüfung der Angelegenheit zu.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei den „dauernden Ausgaben" bemängelt

Abg. **Brust** (Ztr.)

die Lohnpolitik der Privatindustrie.

Für einen Ersatzbau für ein baufälliges Bierfamilienhaus nebst Stallgebäude bei den Bernsteinwerken zu Königsberg werden 27,000 Mark gefordert. Die Kommission beantragt, 7000 Mark abzusetzen. Es wird demgemäß beschlossen.

Abg. **Busch** (Ztr.)

begrüßt lebhaft, daß den Arbeitern jetzt mehr Urlaub erteilt wird.

Abg. **v. Campe** (natl.)

bespricht die Schäden, die der Landwirtschaft durch die Abwässer aus den fiskalischen Hüttenwerken in die Innerste zugefügt sind. Die Klagen bestehen schon seit geraumer Zeit. Der Landwirtschaftsminister und der Handelsminister mußten hier gemeinsam vorgehen, um die Schädigungen abzustellen und die Mißstimmung in der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Harzes zu beseitigen.

Abg. **Horn**-Goslar (natl.)

wünscht zu gleichem Zwecke eine Regulierung der Innerste. Auf andere Weise könne hier nicht mehr geholfen werden. Die Einrichtungen der Reinigung der Abwässer der Hüttenwerken seien nicht auf der Höhe.

Minister **Delbrück**:

Wenn die Sache so einfach wäre, wäre sie schon längst erledigt. Es ist in allerletzter Zeit ein mit allen Finessen der Neuzeit ausgestattetes Aufbereitungswerk für die Erze aufgestellt worden. Ich will gern weiter prüfen, was zur Abstellung der Schäden getan werden kann. Ob die Regierung aber schadenersatzpflichtig ist, erscheint mir zweifelhaft. Sollte von mir verlangt werden, daß ich 1½ Millionen Schadenersatz bezahlen soll, dann werden wir die Werke im Oberharz zumachen. Wir haben sie bisher immer nur noch mitgeschleppt, weil wir uns für verpflichtet hielten, der großen Zahl der Bergarbeiter ihre Existenz zu erhalten.

Abg. Dr. **Heisig** (Ztr.)

beklagt, daß der Minister einen in Oberschlesien aufgefundenen prähistorischen Kahn dem Deutschen Museum in München geschenkt habe. Weiter tritt er dafür ein, den Milchkonsum in Arbeiterkreisen zu fördern.

Minister Dr. **Delbrück**:

Ich muß zu meiner Schande gestehen, daß ich den Fund selbst noch nicht gesehen habe. (Heiterkeit.) Ich habe geglaubt, dieses spezifisch preußische Andenken auf dem Altar der deutschen Einheit opfern zu sollen. Der Milchkonsum nimmt zu; der Arbeiter ist aber eher an Kaffee und Tee zu gewöhnen, als an Milch.

Abg. **Hilbck** (natl.)

wünscht Vereinfachung der steuerlichen Beaufsichtigung der Kalibergwerke. Die Steuerbeamten stehen zu fünf oder sechs herum und werden geradezu zum Müßiggang erzogen.

Minister **Delbrück**

erwidert, daß die Steueraufsicht zum Ressort des Finanzministers gehöre.

Bei den Kapiteln „Bergtechnische Lehranstalten" und „Geologische Landesanstalt in Berlin" meint

Abg. **Macco** (natl.),

daß die baulichen Zustände des letzteren Institutes geradezu unhaltbare seien. Die wichtige Frage des Neubaues werde nicht mit der nötigen Energie betrieben. Als der Redner sich längere Zeit mit der Verwendung der Wünschelrute bei geologischen Untersuchungen in Afrika beschäftigt, bittet ihn Präsident **v. Kröcher**, nicht allzuviel in die Ferne abzuschweifen. (Heiterkeit.) Abg. **Macco** erklärt aber, daß die Sache doch sehr wichtig sei und spricht noch lange Zeit vor den 11 Abgeordneten, die im Saale ausgeharrt haben.

Minister **Delbrück**

erwidert, daß es in der Geologischen Landesanstalt keine Wünschelrute mehr gebe. Die Anstalt sei nicht der Ansicht, daß Untersuchungen mit der Wünschelrute auf wissenschaftlicher Grundlage standen. Wenn aber Chefs anderer Ressorts die Wünschelrute arbeiten lassen, so möge sich der Landwirt dazu in diese wenden. Ein Neubau der Anstalt wäre längst erfolgt, wenn der Handelsminister Gold im Tiergarten oder sonstwo finden könnte. Herr Macco wünsche doch aber selbst nicht, daß in seinem Ressort etwa die Wünschelrute angewendet werde. (Große Heiterkeit.)

Der Rest des Etats wird bewilligt.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 11 Uhr. Bauetat.

Schluß 5¾ Uhr.

* * *

Eine **Verschiebung des Arbeitsplanes des Abgeordnetenhauses** ist auf den Wunsch des Ministeriums des Inneren eingetreten. Der Minister ist unpäßlich und kann daher zurzeit im Landtag nicht erscheinen. Infolgedessen wird das Abgeordnetenhaus am Mittwoch kommender Woche zunächst in die Beratung des Kultusetats statt in die des Etats des Ministeriums des Inneren eintreten. Die Budgetkommission wird den Kultusetat am nächsten Freitag erledigen. Der Arbeitsplan des Hauses sieht demgemäß für Donnerstag und Sonnabend den Bauetat im Plenum, für Freitag den Kultusetat in der Budgetkommission, für Montag Zentralgenossenschaftskasse und Seehandlung im Plenum, für Dienstag wieder Budgetkommission und für Mittwoch den Kultusetat im Plenum vor. Auf die Beratung des Kultusetats folgt die des Etats des Ministeriums des Inneren beziehungsweise des Eisenbahnetats.

Deutscher Reichstag.

95. Sitzung vom 5. Februar.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Militäretat.

Bayerischer Militärbevollmächtigter Freiherr **v. Gebsattel**:

Unserer Erfahrungen sind allerdings noch äußerst gering. Im letzten Winter wurden in der landwirtschaftlichen Winterschule in Augsburg von Januar bis April zwanzig Vorträge gehalten an fünfzig Mann. Der dritte Jahrgang davon kehrte ohne Ausnahme aufs Land zurück, neun blieben Landwirte und sieben andere wie bisher Handwerker mit landwirtschaftlichem Nebenberufe. Das Ergebnis ist also nicht ungünstig, aber weitgehende Schlüsse wird man daraus nicht ziehen können. Der Oekonomierat, der den Unterricht erteilt, gestand ein, daß es nur unter allergrößter Anstrengung möglich ist, am Abend nach anstrengendem Dienst die nötige Aufmerksamkeit zu bekommen. Die Versuche werden außer in Augsburg auch in Landshut und Passau fortgesetzt werden. Die Vorträge sollen auf den dienstfreien Sonnabend-Nachmittag und in unsere Winterquate gelegt werden. Es ist vielleicht ein kleiner Schritt, der Landflucht zu steuern. Die Militärverwaltung steht dem mit vollstem Wohlwollen gegenüber, macht aber zur Bedingung: absolut freiwillige Meldung zum Unterricht und seine Verlegung in durchaus dienstfreie Stunden. Die Heeresverwaltung ist auch nicht in der Lage, Mittel zur Verfügung zu stellen.

Da ich das Wort habe, muß ich auf meine vorgestrige Rede zurückkommen. Zu meinem Erstaunen und Bedauern ist mir mitgeteilt worden, daß einzelne Herren den Satz, den ich an die Spitze gestellt hatte, mißverstanden haben, und zwar dahin, als habe ich dem Abg. Häusler die Eigenschaft als Sachverständiger abgesprochen. Es kann mir nicht im Traume einfallen, einem Herrn, der auf 30jährige Dienstzeit zurückblickt, Sachverständnis abzusprechen. Ich würde es damit ja auch mir gegenüber tun. Ich habe gesagt, seine Ausführungen würden als die eines Sachverständigen ausgenutzt werden. Aber natürlich habe ich damit nicht sagen wollen, daß seine sachverständigen Ausführungen richtig sind. Ich bin der Ansicht, daß die Abgeordnete Häusler sich auf Grund seiner Erfahrungen in dreißigjähriger Dienstzeit erworben hat, eine grundfalsche ist. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fr. Vp.):

Ich vermisse von der Militärverwaltung eine Erklärung auf die Bemerkungen, die in erfreulicher Uebereinstimmung von meinem Parteigenossen Mugdan und Herren auf der rechten Seiten abgegeben sind, nämlich über die notwendigen Ersparnisse. (Sehr gut!) Wir werden jene Erklärung des Reichskanzlers nicht vergessen und sie immer wieder in die Erinnerung zurückrufen. (Beifall.) Wir können jetzt eine Antwort beanspruchen (sehr gut!), nachdem der verantwortliche, der leitende Staatsmann das in sein Programm aufgenommen hat.

Zur Reform des Beschwerderechts und des Militärstrafrechts liegen nun schon drei mit großer Mehrheit des Parlaments gefaßte Beschlüsse vor. Was haben wir bisher erreicht? Gar nichts. (Lebhafte Zustimmung.) Es liegt abermals eine Fülle von Fällen vor, die die Notwendigkeit der Reform zeigt. Es ekelt mich allmählich an, die Geschichten hier immer wieder in voller Breite vortragen zu müssen. Jahrelang mußten wir sie in ihrer ganzen Schaußlichkeit vorbringen, schon um die öffentliche Meinung etwas mobil zu machen. Aber was hilft es? Denke ich an den Fall des unglücklichen Leutnants Diez — der Kommandeur steht heute noch bei der Truppe, der nach meiner Meinung das Leben dieses jungen Mannes auf sich hat — so muß einem der Antwille ergreifen. Wir können mit der Reform des Beschwerderechts nicht mehr warten. Die Herren von der Militärverwaltung versichern immer, daß sie den Militärmißhandlungen aufs äußerste entgegentreten. Aber was haben sie Positives getan? Den Worten folgen nicht Taten. Der Kampf gegen Militärmißhandlungen wird rein mechanisch geführt, es wird lediglich